Mehr Macht den Bürgern

Die Hürden für kommunale Begehren sollen nach dem Willen der Dänen-Ampel gesenkt werden

Kiel. Die Regierungskoalition in Schleswig-Holstein will die Bürgerbeteiligung in Dörfern, Städten und Kreisen deutlich ausbauen. Der Gesetzentwurf, den SPD, Grüne und SSW gestern vorlegten, sieht unter anderem vor, die Hürden für Bürgerentscheide gerade in größeren Kommunen wie Kiel zu senken und auch Abstimmungen über die Bauleitplanung zuzulassen. Das Mehr-Demokratie-Gesetz soll bereits im Frühjahr 2013 in Kraft treten.

Von Ulf B. Christen

„Wir möchten möglichst viel Bürgerbeteiligung“, sagte SSW-Fraktionschef Lars Harms. Der kommunalpolitische Sprecher der SPD, Kai Dolgner, nickte. Das neue Gesetz werde Bürgerentscheide etwa in Kiel über den Bau einer Stadtreionalbahn erleichtern.

Grund ist eine Systemänderung: Nach dem Willen der rot-grün-blauen Koalition soll die derzeitige landesweite Quote für ein Bürgerbegehren (Unterschriften von

zehn Prozent der Einwohner) durch ein Stufenmodell ersetzt werden.

In Kiel und Lübeck können demnach künftig schon vier Prozent der Bürger ein Begehren starten. In der Landeshauptstadt wären das knapp 10 000 Einwohner (bisher mehr als 24 000). Für Städte wie Neumünster würde die Quote auf fünf Prozent halbiert, für Kommunen wie Schwientental auf 7,5 Prozent gesenkt. In kleineren Gemeinden (bis 8000 Einwohner) bliebe alles beim Alten.

Die Koalition will zudem die Hürden für erfolgreiche Bürgerentscheide (bisher müssen mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten für ein Begehren stimmen) tiefer legen. In Kiel wird die benötigte Zustimmungsquote auf acht Prozent gesenkt, in Neumünster auf zehn und in Städten wie Schwientental auf 15 Prozent.

Die Koalition will zudem den Katalog der Themen erweitern, über die Bürger mitentscheiden dürfen. Hinzu kommen soll die Bauleitplanung, allerdings nur bis zum Planungsbeginn. Rollen die Bagger, sind den Bürgern die Hände gebunden. Tabu bleiben Finanzthemen, etwa die Höhe der Grundsteuern.

Mehr Bürgerbeteiligung erhofft sich die Koalition auch durch ein Bündel von Detailregelungen. Bürgerinitiativen wird das Recht eingeräumt, sich kostenlos

von der Kommunalaufsicht beraten zu lassen. Zudem sollen die Initiativen nicht mehr vorrechnen müssen, wie sie teure Projekte bezahlen wollen. Eine Kostenschätzung der Verwaltung reicht aus.

Mehr Demokratie verspricht sich die Koalition auch von einer weiteren Neuregelung. Künftig soll jedes kommunale Parlament mit einfacher Mehrheit einen Bürgerentscheid ansetzen können. Die Kommunalpolitiker erhielten so „die Möglichkeit, sich Rat bei ihren Bürgern zu holen“, sagte Harms. Er betonte wie auch Dolgner und Ines Strehlau (Grüne), dass sich die Reform nicht gegen die etwa 13 000 Mandatsträger in Gemeinde- und Ratsversammlungen richte. „Wir wollen ein vernünftiges Miteinander von repräsentativer und direkter Demokratie.“

Die Reform haben SPD, Grüne und SSW mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Schleswig-Holstein“ abgestimmt. Das Bündnis hatte eine landesweite Volksinitiative für mehr Bürgerbeteiligung abgeschlossen und der Koalition mit einem Volksentscheid gedroht. Die Reform gehe in die richtige Richtung, lobte Bündnissprecherin Claudine Nierth. In einigen Punkten hätte sich das Bündnis zwar mehr gewünscht. Ein Volksentscheid sei aber vom Tisch.

Teil des Bündnisses sind neben den Grünen auch die Piraten. Sie wollen die Reform im Landtag unterstützen. Der Gesetzentwurf soll im November beraten werden. Im Anschluss ist in den Ausschüssen eine Anhörung geplant. Geht alles glatt, könnte der Landtag die Reform im Februar oder März beschließen.